



Foto: Halina Zaremba / pixelio.de

Kein Ende der Diskussionen um Notdienst Wieder Veränderungen bei Ärztlicher Bereitschaft im Landkreis geplant

Seit einigen Wochen wird erneut eine Diskussion geführt, die nun als sogenannte „Reorganisation des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes“ in unserem Landkreis festgelegt wurde, ohne den begonnenen Moderationsprozess abzuwarten.

Die politische Reaktion erfolgte unmittelbar nach einem Antrag der Kreiskoalition, dem sich mit einigen Änderungen alle Abgeordnete anschlossen: „Der Kreistag missbilligt das Vorgehen der Kassenärztlichen Vereinigung, die ohne weiteren Versuch einer Abstimmung in der Region ihre Pläne zur Neuausrichtung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes auf den Weg gebracht hat.“

Zwar wurde in den bisherigen Gesprächen vor Ort klar, dass insbesondere die niedergelassenen (Haus-)Ärztinnen und Ärzte in der Region Gladenbach und Biedenkopf, die bislang noch unter wenigen KollegInnen den ÄDB

derzeit eigenständig organisieren müssen, überfordert sind.

Doch aus dieser Problemlage heraus gleich die relativ gut funktionierenden Bezirke im Rest des Landkreises auch noch verändern zu wollen, hätte eine ausführlichere Erörterung nötig gemacht.

Temporäre Lösung – nächste Umwälzung schon im Oktober

Nun ist es so, dass zunächst der ÄBD Hinterland am Standort Biedenkopf (DRK-Krankenhaus) die ehemaligen Bezirke Gladenbach und Biedenkopf versorgen soll – allerdings nur bis Oktober, um ihn dann wieder aufzulösen und mit dem bestehenden Bezirk Marburg zu verschmelzen. Dieser ist bisher für die Stadt Marburg sowie den Nord- und Südteil des Landkreises zuständig.

Dann müssen die Patientinnen und Patienten aus dem Westkreis, beispielsweise aus Angelburg-Lixfeld, rund 40 Kilometer fahren, um außerhalb der üblichen Sprechzeiten einen ärztlichen Dienst aufsuchen zu können. Dieser ist nicht mit dem Rettungsdienst zu verwechseln.

Eine Fahrt zum Ärztlichen Bereitschaftsdienst ist etwa dann angezeigt, wenn eine Patientin oder ein Patient ein Medikament verordnet bekommen hat und außerhalb üblicher Dienstzeit mit nicht erwünschten Wirkungen, die zum Teil erheblich sein können, zu tun hat und daher kurzfristig einer ärztlichen Überprüfung bedarf.

Wenn es sich zudem um eine Person handelt, die Mobilitätsprobleme zu bewältigen hat, wird schnell klar, dass der Frage einer telefonischen Anfrage bei der Servicestelle eine bedeutende Lotsenfunktion zukommt.

Wie wird das medizinische Fachpersonal beim ÄBD reagieren, wenn die Symptome geschildert werden? Wird es einen Hausbesuchsdienst einschalten (im Grundsatz bei der Reorganisation eine Verbesserung gegenüber dem Status Quo), auf den Präsenzdienst am Standort Marburg-Wehrda (Diakonie-Krankenhaus), auf ein Warten bis zur Wiedereröffnung der Hausarztpraxis oder auf den Rettungsdienst verweisen?

Es zeigt sich, dass erheblicher Klärungsbedarf bestanden hätte, bevor eine Entscheidung getroffen wird, zumal noch nicht einmal

gesichert ist, ob die Telefonzentrale als Ansprechstelle für die „Lotsenfunktion“ tatsächlich im Landkreis angesiedelt wird oder, wie von der KV-Hessen vorgesehen, nur an ein oder zwei Standorten (Frankfurt beziehungsweise Kassel) eingerichtet wird. Entsprechend hat der Kreistag deutliche Forderungen an die zuständigen Stellen gerichtet, um die ärztliche Versorgung sicherzustellen.

„Wir sehen durchaus die Probleme der Ärztinnen und Ärzte vor Ort und wir sind offen für einen konstruktiven Dialog, um eine sinnvolle Regelung zu finden. Wir erkennen durchaus auch an, dass unabhängig von den Vorschlägen der KV hier durchaus nach praktikablen Lösungen gesucht wird. Aber wir werden die Belange unserer Bevölkerung im ländlich strukturierten Raum nicht großstädtischen Strukturen opfern können“, betonte der gesundheitspolitische Sprecher der Grünen Kreistagsfraktion, Reiner Nau.

„Daher ist es wichtig, dass das vom Landkreis speziell auch hierfür eingeleitete Gesundheitsforum beibehalten und ausgeweitet wird – beispielsweise beim Apothekennotdienst“, meint Nau.

Forderung: Mobilität auf dem Land sichern

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) spielt für die Entwicklung des ländlichen Raums eine große Rolle. Daher wurde der Kreisausschuss beauftragt, sich auch weiterhin dafür einzusetzen, dass der lokale Verkehr ausreichend finanziert werden kann.

Das flächendeckende Angebot im ÖPNV soll aufrecht erhalten werden. Zudem soll der Kreisausschuss der Stadt Marburg als ÖPNV-Aufgabenträger das Angebot unterbreiten, einen gemeinsamen Nahverkehrsplan aus einem Guss zu ermöglichen.

Eine wichtige Rolle spielt auch das Angebot flexibler Bedienformen: Diese sollen ausgebaut und in die Nahverkehrsplanung einbezogen werden. Dabei sind Modelle des Anruf-Sammel-Taxis, des Bürgerbusses, des Carsharing, der Mitfahrzentralen oder Pendlerportale, ad-hoc-Mitnahmemöglichkeiten via Smartphone / Internet miteinander zu verzahnen.

Auch soll geprüft werden, inwieweit das Bürgerbussystem Weimar und ähnliche Projekte in Kooperation mit dem RNV, den Kommunen und ehrenamtlichen Initiativen flächenmäßig ausgebaut und gefördert werden können – auch unter Einbeziehung von Elektrofahrzeugen. Ziel ist, die ÖPNV-Erschließung zu verbessern und gleichzeitig einen effizienteren Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erreichen.

Newsletter: Jetzt abonnieren!

Um unseren Newsletter zu abonnieren, klicken Sie sich einfach auf www.gruene-marburg.de. Dort finden Sie den Punkt „Newsletter“. Tragen Sie Ihre E-Mail ein – und schon bekommen Sie die GRÜNEN-News regelmäßig in den virtuellen Postkasten geliefert. Oder senden Sie eine E-Mail an kreisverband@gruene-marburg.de.

Impressum

V.i.S.d.P.:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion
Marburg-Biedenkopf
Sandra Laaz
Fraktion in der Regionalversammlung
Mittelhessen
Geschäftsstelle:
Frankfurter Straße 46
35037 Marburg

Aufatmen: EU gibt Pläne zur Trinkwasser-Privatisierung auf

Proteste erfolgreich – GRÜNE hatten Stopp lange gefordert

Zur Versorgung unserer Region mit hochwertigem Trinkwasser haben sich vor 58 Jahren 27 Städte und Gemeinden sowie die 3 Landkreise Marburg-Biedenkopf, Gießen und Lahn-Dill zum Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) zusammengeschlossen. Die Kommunen und Kreise sind seither alleinige Eigentümer des ZMW und kontrollieren diesen über die Verbandsversammlung. Auch dies ist eines vieler wichtiger Gremien, in die (meist ehrenamtlich tätige) Kommunalpolitiker viel Zeit investieren und von deren Existenz die Bürger kaum etwas ahnen.

Rund ein Viertel des Gremiums ist mittlerweile mit GRÜNEN besetzt. Durch ihre fachkompetente und sachliche Diskussion und Beharrlichkeit bei Fragen zum unbedingten Schutz und der Qualität des Trinkwassers haben sich die heimischen GRÜNEN-Mitglieder Stefan Bug aus Weimar, Reiner Nau aus Kirchhain und Tomas Schneider aus Marburg noch dazu in den vergangenen Jahren deutlich Gehör und Anerkennung verschafft.

Nicht zuletzt dem Drängen der GRÜNEN – allen voran dem GRÜNEN-Kreistagsabgeordneten Reiner Nau, der von der Stadt Kirchhain zum ZMW entsandt wurde – ist es nun auch zu verdanken, dass ein Positionspapier des ZMW zu den Plänen der EU hinsichtlich der Privatisierung der Trinkwasserversorgung erarbei-



Den EU-Plänen zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung hat der ZMW eine klare Absage erteilt. (Foto: Sara Hegewald / pixelio.de)

tet wurde. Dieses setzt sich sehr detailliert mit den Plänen der EU auseinander und erläutert sachlich eine ablehnende Haltung.

So heißt es schließlich in der Endfassung eindeutig „Deshalb fordert der ZMW: Die Wasserversorgung muss aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgehalten werden. Mit punktuellen Nachbesserungen ist es nicht getan.“

Die GRÜNEN Vertreter konnten nicht nur die Geschäftsführung und den Vorstand von der Notwendigkeit der Erarbeitung eines entsprechenden Positionspapiers überzeugen – auch die Verbands-

versammlung verabschiedete das Papier einstimmig.

Jüngst erfolgte eine Wende: Der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier kündigte an, die Wasserversorgung von der umstrittenen EU-Konzessionsrichtlinie nun auszunehmen. Das ist ein großer Erfolg – denn vor allem die GRÜNEN hatten diese Pläne bisher immer bekämpft. „Unser massiver Widerstand hat sich ausgezahlt. Wir sind erleichtert, dass die Privatisierung nun endlich vom Tisch ist. Denn die Grundversorgung darf nicht von Geschäftemachern bedroht werden“, freut sich Reiner Nau von den GRÜNEN.

Rüstungsaltslasten werden beseitigt

Gemeinsam mit dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour informierten sich Mitglieder der GRÜNEN-Kreistagsfraktion über den Stand der Dinge bei der Sanierung des ehemaligen Wasag-Werkes in Stadtallendorf. Dort müssen Überreste des ehemaligen Sprengstoff- und Munitionswerks beseitigt werden.

Vertreter des hessischen Baumanagements, des Regierungspräsidiums und des Bundeswehr-Dienstleistungszentrums in Homberg (Efze) erläuterten, dass zunächst die „Füllstelle I“ für rund vier Millionen Euro saniert werde. Im Oktober werde dann ein Gesamtkonzept vorgestellt, das alle Flächen auf den Bundeswehrgeländen in Stadtallendorf, Neustadt und Kirtorf um-



fasse. Die Kosten der Sanierung wurden vorläufig mit rund 20 Millionen Euro beziffert. Man werde allerdings so lange sanieren, bis sich auch in der letzten Baggerschaukel keine Altlasten mehr befinden, so der Bundeswehr-Vertreter.

Die Delegation informierte sich auch über die Soldaten der DSO in Afghanistan und sprach unter anderem die bekannte Problematik fehlender Betreuungseinrichtungen für Soldaten am Standort Stadtallendorf an.

Fracking klare Absage erteilt

Kreistag: Gefährdungsabschätzungen sind derzeit unmöglich

Die GRÜNEN haben sich bereits schon mehrfach mit dem Thema Fracking beschäftigt. Beim Fracking wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Untergrund gepresst, um gashaltige Gesteinsschichten aufzusprennen. Experten sehen dadurch Gefahren für Trinkwasser und Boden und stellen die Klimabilanz in Frage. Aktuelle Studien bestätigen, dass Fracking erhebliche Risiken birgt.

Daher haben die GRÜNEN gemeinsam mit CDU und Freien Wählern einen Antrag eingebracht, der im Kreistag einstimmig beschlossen wurde.

Der Kreistag bekräftigt seinen Beschluss vom 4. Mai 2012, im Kreisgebiet die Suche nach unkonventionellen Erdgasvorkommen durch Fracking unter den derzeitigen Rahmenbedingungen abzulehnen. Dazu verweist der Kreistag auf ein Gutachten des Umweltbundesamts, in dem deutlich wird, dass die Gefährdungsabschätzungen derzeit unmöglich sind.

In seinem Beschluss unterstützt der Kreistag die Entschließung des Bundesrates 754/12 und fordert die im hessischen Landtag wie im Bundestag vertretenen Parteien auf, sich für die vollständige Umsetzung der in dieser Ent-



schließung geforderten Rahmenbedingungen in geltendes Recht einzusetzen.

Die derzeitige Vorlage der Bundesregierung zu den Änderungen des WHG und UVP-V Bergbau stellen laut Beschluss keine hinreichende Maßnahme zur sicheren Abwehr negativer Umweltauswirkungen durch Fracking dar. Vielmehr „wird hier ein Rechtsrahmen auf Bundesebene geschaffen, bei dessen formaler Berücksichtigung implizit eine Genehmigung schwer versagt werden kann“, heißt es.

Auch schließt sich das Gremium der Einschätzung an, dass das derzeitige Bergrecht heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird und dessen Überarbeitung auch hinsichtlich der Schürf- und Eigentumsrechte, der Beweislast-

umkehr und der Schadenersatzregelung notwendig sind. Insofern hält der Kreistag ein Moratorium bei der Genehmigung von Frackingverfahren für unumgänglich – und fordert von Landes- und Bundesregierung, dieses Moratorium zunächst bis zur abschließenden Bewertung der Ergebnisse aus dem 2. Teil des UBA-Gutachtens und bis zur vollständigen Umsetzung der Forderungen aus der Entschließung des Bundesrates in geltendes Recht, festzusetzen.

Entsprechend fordert der Kreistag die Fraktionen im hessischen Landtag auf, sich nachdrücklich gegenüber der Landes- und der Bundesregierung für ein solches Moratorium und die Umsetzung der Entschließung des Bundesrats einzusetzen.

Molkerei gentechnikfrei auf gutem Weg

Die Kreistagsfraktion besuchte gemeinsam mit Mitgliedern der Stadtfraktion Marburg die Marburger Traditionsmolkerei. Der geschäftsführende Vorstand der Genossenschaft, Hans-Werner Wege, erläuterte die Historie der Traditionsmolkerei und insbesondere die jüngsten Entwicklungen. Nachdem Schwälbchen vor einigen Jahren den Standort Marburg aufgegeben habe, sei es gelungen, den Marburger Standort wiederzubeleben und den Milchbauern aus dem Landkreis eine Perspektive für die regionale Abnahme ihrer Milch zu bieten.

In Marburg ist die Milch mittlerweile in mehreren REWE- und tegut-Märkten erhältlich.

Angela Dorn lobte die Umstellung zur gentechnikfreien Produktion der Milch vor Ort. Insbesondere in Zeiten eines immer härter werdenden Wettbewerbs auf dem deutschen Milchmarkt sei es sehr erfreulich, dass mit dem Genossenschaftsprojekt der Traditionsmolkerei ein Zeichen



gesetzt werde, wie der Markt auch funktionieren könne – und dies sogar gentechnikfrei, was längst nicht alle Milchkonzerne schaffen würden.

Auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Perspektiven für die Genossenschaft wurden thematisiert. Es herrschte Einigkeit über die positiven Entwicklung der Molkerei, allerdings interessierte die GRÜNEN vor Ort auch, wie man in Marburg noch deutlicher den Fortbestand sicherstellen

könne, etwa durch Maßnahmen im Beschaffungswesen von Stadt und Landkreis.

Erste Gespräche mit INTEGRAL gebe es bereits, um etwa an Schulen und Kindergärten Marburger Milch zu vertreiben, so Wege. Ein weiterer Vorschlag zur Werbung an Bussen der Stadtwerke Marburg wurde ebenfalls diskutiert und stieß auf positive Resonanz von Seiten der GRÜNEN Stadtfraktion, müsse aber noch geprüft werden.



Campinghühner in Fronhausen

An einem Montag in Fronhausen-Bellhausen bei den „Camping-Hühnern“. Ursprünglich war dort eine Hähnchenmastanlage geplant. Nachdem der Landwirt seinen Antrag zurückgezogen hat, wurde stattdessen ein mobiler Stall eingeweiht. Mit diesem ziehen die Hühner wöchentlich von einer Parzelle zur nächsten, haben Auslauf und bekommen so immer frisches Gras. „Ich freue mich, dass nun statt einer großen Mastanlage auf artgerechte Haltung und Direktvermarktung gesetzt wird und wünsche dem Ehepaar Jung viel Erfolg mit diesem Konzept“, freut sich Sandra Laaz. Das eingesetzte Hühnermobil wurde mit dem „Förderpreis des Ökologischen Landbaus“ ausgezeichnet.

Netzausbau nimmt Gestalt an

Nachdem vergangenen November die Breitband Marburg-Biedenkopf GmbH gegründet und Klaus Bernhard im April zum Geschäftsführer ernannt wurde, steht dem Netzausbau nichts mehr im Weg. Ursprünglich sollten Kreis und Kommunen den Netzausbau selbst übernehmen. Dabei müsste die öffentliche Hand auch das unternehmerische Risiko tragen. Alternativ wird nun die Übertragung des Auftrages an einen Generalunternehmer geprüft. Dabei soll die Breitband Marburg-Biedenkopf Sachleistungen erbringen – im Gegenzug würde der Netzbetreiber die finanziellen Risiken des Netzbetriebs übernehmen. In diesem Fall läge die Aufgabe unserer kommunalen Breitbandgesellschaft in der sorgfältigen Ausarbeitung der komplexen Verträge und in der Begleitung der Baumaßnahmen.

Unabhängig davon wie der Netzausbau letztlich organisiert wird ist unsere Kreistagsfraktion überzeugt, dass schnelles Internet eine der wichtigsten Infrastrukturen darstellt und Allen zugänglich sein muss. Auch wenn die Kosten nicht vollständig amortisiert werden können, ist der Breitbandausbau von existenzieller Bedeutung für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Denn: „Straßen müssen schließlich auch keinen Gewinn abwerfen!“

Viel Wind um nichts?

Was der Regionalplan Mittelhessen zur Energiewende beitragen kann

Ende vergangenen Jahres wurde die Offenlage des Teilregionalplans Energie Mittelhessen beschlossen. Nunmehr hat der Plan ausgelegen und es sind über 1000 Stellungnahmen eingegangen. Ende diesen Jahres soll der Plan beschlossen werden. Über die verfolgten Ziele, die Inhalte und Änderungswünsche sprachen wir mit Dr. Karsten McGovern, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, in der Regionalversammlung Mittelhessen.

Grün bewegt: Welche Festlegungen enthält der Plan für die Frage des Ausbaus erneuerbarer Energien in unserer Region?

Dr. Karsten McGovern: Der Plan legt fest, dass bis zum Jahr 2020 33% der Energie regenerativ erzeugt werden soll. Allerdings hat die Regionalplanung nur bedingt darauf Einfluss. Am stärksten bei der Windkraft durch die Festlegung von Vorrangflächen. Bei Photovoltaik oder Biomasse sind die Lenkungsmöglichkeiten begrenzt und es gibt nur Planungshinweise.

GB: Das 33%-Ziel ist also durch den Plan alleine gar nicht erreichbar?

McGovern: Richtig! Wenn Windvorrangflächen ausgewiesen sind, heißt das noch lange nicht, dass diese auch wirklich genutzt werden und ertragreich sind. Und der Plan sieht eine Einsparung des Energieverbrauchs bis 2020 um 15% vor. Dazu gibt es nur gute Ratschläge – aber keine verbindlichen Vorgaben.

GB: Windkraft hat bei uns ein Akzeptanzproblem. Wäre es nicht besser, auf mehr Photovoltaik zu



setzen?

McGovern: Das würde nicht reichen. Sie können das selbst im Potenzialrechner für Mittelhessen nachrechnen. Selbst, wenn alle verfügbaren Dachflächen und 500 Hektar Freiflächen für PV – was angesichts der derzeitigen Förderstrukturen absolut unrealistisch ist – genutzt würden, würde das nur einen Ertrag von 50% des Strombedarfs erbringen. Um die gleiche Menge Strom zu erzeugen, müssten zu den bestehenden rund 250 Windkraftanlagen „nur“ noch 175 mittelhessenweit hinzukommen und einige Altanlagen erneuert werden.

Im Jahr 2020 wird mit einem Endenergieverbrauch von 18425 GWh Energie gerechnet. Der Regionalplan zeigt auf, dass alleine die Windkraft 3000 GWh beitragen muss, um 33% des Verbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken. Der Photovoltaik

wird nur ein Potenzial von 800 GWh zugetraut.

GB: Ist Windkraft gesamt betrachtet eher Fluch oder eher Segen für die Region?

McGovern: Ich würde sagen, das kommt sehr auf die Gestaltung vor Ort an. Wenn Siedlungsabstände eingehalten und eine „Umzingelung“ von Dörfern vermieden wird, wenn die Bürgerinnen und Bürger an der Planung beteiligt sind und vor allem auch etwas von dem Ertrag haben, den die Anlagen erbringen, dann ist das mehr Segen als Fluch. Wir tragen nicht nur zum Klimaschutz bei – der auch wegen der Häufung von Naturkatastrophen dringend forciert werden muss – sondern auch zum Erhalt des Wohlstandes in unserer Region, wenn das Geld für die Energie vor Ort ausgegeben wird.

GB: Um die Frage des Ausschlusses von Natura 2000 Ge-

bieten hat es Diskussionen gegeben. Warum haben gerade die Grünen Kritik daran geübt?

McGovern: Natura 2000 Gebiete können Vogelschutzgebiete, aber auch FFH-Gebiete sein. Der jeweilige Schutzzweck ist unterschiedlich. Es kann innerhalb dieser Flächen Gebiete geben, die relativ unproblematisch für die Windkraft nutzbar sind und keinen Schaden anrichten. Da gerade die Natura 2000 Gebiete an sehr ertragreichen Windstandorten liegen, verschenken wir möglicherweise ein großes Potenzial. Einen pauschalen Ausschluss haben wir daher kritisiert. Nicht aber, dass in jedem Fall der Arten- und Naturschutz berücksichtigt werden muss.

GB: Welche Einwände sind eingegangen und wie geht es weiter?

McGovern: Mehr als 1000 Einwände liegen vor. Diese beschäftigen sich vor allem mit den Windkraftstandorten. Viele Kommunen üben Kritik an den zugrunde liegenden Winddaten, die nicht immer zutreffen. Außerdem sehen vor allem die in Natura 2000 Gebieten liegenden Kommunen ihre Möglichkeiten der Entwicklung von Windkraft begrenzt.

Kritisch wird die „Umzingelung“ mancher Ortschaften gesehen, was ich gut nachvollziehen kann. Außerdem gibt es Widerspruch zu Anlagenplanungen wegen Artenschutz. Die Regionalplanung ist derzeit damit beschäftigt, diese Einwände zu bewerten – und die Regionalversammlung wird dann darüber beraten.

Spitze bei Teilhabe-Paket und Integration von Frauen

Die GRÜNEN-Kreistagsabgeordnete Nadine Bernshausen fragte in der jüngsten Kreistagsitzung an, wie die bisherigen Erfahrungen des Landkreises mit dem Teilhabe- und Bildungspaket im hessenweiten Vergleich seien und wie und mit welchem Erfolg die Integration von Frauen in den ersten Arbeitsmarkt gefördert würden.

Die Antwort des Kreisausschusses: Bei der Quote der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes liegt das KreisJobCenter mit einer Nutzungsquote von 68,04% hessenweit auf dem ersten Platz – der hessische Durchschnitt liegt nämlich bei nur 48,17%. Die intensive Informationspolitik des Land-

kreises, die Benennung einer Koordinatorin und das aktive Werben bei den betroffenen Familien gleich nach Inkrafttreten des Gesetzes habe zu diesem Ergebnis geführt.

Ein struktureller Vorteil im heimischen Landkreis sei auch das integrierte Fallmanagement des Kreisjobcenters. Das Prinzip der „Leistung aus einer Hand“ führe dazu, dass die Fallmanager gleichermaßen über finanzielle Leistungen und soziale Angebote informieren. Dadurch sei die Schwelle zur Beantragung niedrig.

Die grundsätzliche Bereitschaft der meisten Eltern, ihren Kindern die gebotenen Teilhabechancen zur gemeinschaftlichen Mittagsversor-

gung, sportlichen oder kulturellen Betätigung zugänglich zu machen, sei vorhanden.

Für die Integration von Frauen in den ersten Arbeitsmarkt gebe es zahlreiche Unterstützungsangebote, die im „KuK-Center“ gebündelt werden. Dort befinden sich unterstützende Angebote für Alleinerziehende zur Arbeitssuche, eine Arbeitsgelegenheit zur Restaurierung alter Möbel, eine qualifizierte Notfall-Kinderbetreuung sowie zwei Familienbegleiterinnen, die zur Not auch die Frauen zu Hause aufsuchen und eine Kinderbetreuung vor Ort übernehmen. Des Weiteren gibt es das „Jobcafé“, in dem viermal im Jahr relevante Fragen zur beruf-

lichen Integration und Qualifikation von Frauen Thema sind. Es gibt auch spezielle Angebote zur beruflichen Qualifizierung in frauenuntypischen Berufen und eine pädagogische Unterstützung bei der Erlangung des Führerscheins.

Auch trage der Prozess des „Gender-Budgeting“ dazu bei, dass die Integration von Frauen im KreisJobCenter überdurchschnittlich hoch sei. Es liegt in Hessen mit einer Integrationsquote von 27,1% mit deutlichem Abstand an der Spitze aller Grundsicherungsträger in Hessen und in seinem Vergleichstyp bundesweit auf Rang 5 von 64 mit lediglich 2% Abweichung vom Maximalwert.